

22.1.74

Der DGB solidarisiert sich mit den Forderungen der Studenten nach sofortiger Anhebung des BAFöG-Höchstsatzes auf 500 DM, sowie des Elternfreibetrages auf 1200 DM. Er ist mit den Studenten der Meinung, daß ein finanziell abgesichertes Studium, nicht nur das Vorrecht von Studenten in Anspruch nehmen darf, deren Eltern über ein hohes Einkommen verfügen, und

Arbeiterkinder, deren Anteil an der Gesamtzahl der Studenten 8% beträgt (Anteil der Arbeiter an der Bevölkerung beträgt ca. 50%), bereits durch materielle Benachteiligung behindert sind, einen Hochschulabschluß zu erreichen. Die Vorrechte werden aber verstärkt, indem sich erkämpfte notwendige Lohnerhöhungen zur Sicherung des Lebensstandards in einer Kürzung der Ausbildungsförderung bemerkbar machen.

Deshalb ist es dringend erforderlich, Ausbildungsförderung und Elternfreibetrag, den seit 1971 gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen.

Alois Peressin

(Kreisvorsitzender des  
Deutschen Gewerkschaftsbundes)